8. 1. Gehört im Falle des § 28 Abs. 1 StGB. die Bewilligung von Teilzahlungen zur Erstattung der Geldstrafe zum Inhalte des Strafausspruchs?

2. Wer hat die Kosten eines von der Staatsanwaltschaft zugunsten des Angeklagten eingelegten Rechtsmittels zu tragen, wenn dieses lediglich die Wirkung hat, daß die angefochtene Entscheidung zugunsten des Angeklagten abgeändert oder aufgehoben wird?

StPD. §§ 473 Abs. 1, 301.

I. Straffenat. Ur. v. 4. Dezember 1925 g. B. I 535/25.

I. Schöffengericht Bonn.

II. Landgericht daselbst.

Aus den Gründen:

1. Die Strafkammer hat bei der Festsetzung der Geldstrafe die wirtschaftliche Notlage berücksichtigt, „in der sich heute weite Kreise des Volkes, darunter auch der Beamte — hier also der Angeklagte — befinden“. Sie hat deshalb nach den Urteilsgründen hinsichtlich der Entrichtung der Geldstrafe „Ratenzahlungen bewilligt“. In dem Urteilsfah hat sie dies indes nicht ausgesprochen. Auch hat sie nicht bestimmt, in welchen Teilbeträgen und in welchen Fristen die Strafe zu bezahlen ist. Nach der Vorschrift des § 28 Abs. 1 StGB. hätte beides geschehen müssen. Denn der § 28 Abs. 1 enthält eine Zwangsvorschrift, die es dem Richter zur Pflicht macht, eine Frist zur Bezahlung der Geldstrafe zu bewilligen oder dem Angeklagten zu gestatten, die Strafe in bestimmten — also nach Höhe und

Fristen begrenzten — Teilbeträgen zu zahlen, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse des Angeklagten auf die Unmöglichkeit sofortiger Zahlung hinweisen und dies dem Gericht bereits im Zeitpunkt der Urteilsfällung bekannt ist. Die Bewilligung bildet in diesem Fall einen Bestandteil auch der Urteilsformel. Denn die Bewilligung der Teilzahlungen sowie die Festsetzung ihrer Höhe und der Zahlungsfristen gehört zum Inhalt der Strafe. Je nachdem, ob größere oder geringere Beträge für die Teilzahlungen und ob längere oder kürzere Fristen für ihre Entrichtung festgesetzt werden, ist die Strafe milder oder härter. Eine Ergänzung der Formel des angefochtenen Urteils durch das Revisionsgericht kommt nicht in Frage, weil es Sache des Tatrichters ist, gleichzeitig die Höhe der Teilbeträge zur Erstattung der Strafe und die Fristen für ihre Bezahlung festzusetzen.

2. Die Kosten des Rechtsmittels der Staatsanwaltschaft waren, obgleich es, wenn auch in einem Nebenpunkte, zugunsten des Angeklagten Erfolg gehabt hat, doch in vollem Umfang der Preussischen Landeskasse zur Last zu legen. Die Staatsanwaltschaft hat ihr Rechtsmittel zuungunsten des Angeklagten eingelegt. Das Rechtsmittel zielte auf Aufhebung des angefochtenen Urteils, um anderweit die Möglichkeit einer Verurteilung des Angeklagten aus dem Gesichtspunkt des § 347 Abs. 1 StGB. zu schaffen. Diesen beabsichtigten Erfolg hat das Rechtsmittel nicht erreicht. Insofern ist es erfolglos im Sinne des § 473 Abs. 1 StPD. eingelegt. Daß es aus dem Gesichtspunkt des § 301 a. a. D. zugunsten des Angeklagten gewirkt hat, kann nicht dazu führen, diesem auch nur einen Teil der Kosten aufzubürden.